

Titel: AGH - Maßnahmen erhalten**Einreicher: Fraktion DIE LINKE**

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 30.05.2022
Einreicher: Quintana Schmidt, Marc	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich beim Landrat für den uneingeschränkten Erhalt der AGH – Maßnahmen einzusetzen.

Begründung:

Die angekündigten Mittelkürzungen der AGH - Maßnahmen bei dem kommunalen Jobcenter des Kreises Vorpommern - Rügen erschweren die Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser und gefährden auch wichtige Sozialstrukturen im Landkreis Vorpommern – Rügen und besonders auch in Stralsund bei der SIC. Dabei ist schon jetzt die Situation mehr als unbefriedigend. Dies bei einer Arbeitslosenquote von 11 %. Das Argument des Jobcenters, die Zahl der Langzeitarbeitslosen sei rückläufig, ist unzutreffend. Es droht letztlich auch eine Insolvenz einzelner Beschäftigungsträger.